

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

7 (9.1.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

Protest gegen Demontage-Stop-Prozeß
Der Presseterror in Argentinien
Japans Volk kämpft für den Frieden
Sport vom Sonntag

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs G. m. b. H. Mannheim. S. 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim. S. 3, 10. Fernruf Nr. 415 63. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38. Ruf 509 35. Heidelberg-Rohrbacher Str. 13-15. Ruf 3421/25. 01. Karlsruhe-Amalienstr. 69. Ruf 4023. Pforzheim. Westliche 77. Ruf 2596. Weinheim. Hauptstr. 88. Ruf 2419.

Volkzeitung
für
Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschließlich Trägerlohn bei Postzustellung DM 2,95 zuzügl. DM 24 Zustellgebühr. Bankverb.: Alle Bankgesellschaften. Mm. Kto.-Nr. 140 77. Stadt Sparkasse. Mm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 89. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entzenggenommen in Mannheim. S. 3, 10. Ruf 432 60 und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 7

Montag, 9. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Mächtige Kundgebungen der KPD im Rhein- und Ruhrgebiet

Internationaler Kampf gegen Krieg und Versklavung — Zum ersten Male nach zwanzig Jahren sprachen berufene Vertreter der Arbeiterklassen Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Schwedens zum deutschen Volk — Max Reimann: Die Ruhr ist deutsch und muß das industrielle Herz einer gesamtdeutschen demokratischen Republik sein

Düsseldorf. (E. B.) Als die Vertreter der Arbeiterklasse Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Schwedens, Pierre Islan, Rene Duspy, Jan Haaken, Sven Johansson mit Max Reimann und Hermann Matern, kurz vor der Eröffnung der ersten internationalen Kundgebung der KPD die Tribüne betreten, brach die 15 000-köpfige Menge in stürmische Begrüßungsrufe aus. Während die Menge die Marsallale anstimmte, wurden rote Fahnen in der überfüllten Rheinbahnhalle und blaue Wimpel auf der Tribüne geschwenkt. „Es leben unsere Brüder in Frankreich! Es lebe Max Reimann! Es leben unsere Brüder in aller Welt“, riefen die Werktätigen aus Düsseldorf und Umgebung, die am Jahrestag der Verkündung des Ruhrstatuts, am Jahrestag der Verurteilung Max Reimanns, der Nein zur Versklavung des deutschen Volkes gesagt hatte, am gemeinsamen mit ihren ausländischen Brüdern gegen das Ruhrstatut und Westdeutschlands Remilitarisierung zu protestieren. Wir sind nicht allein in diesem schweren Kampf! Diese Gewißheit erhielt jeder einzelne der 15 000, die Schulter an Schulter in der großen Rheinbahnhalle bis zur Straße und den gegenüberliegenden Häuserblocks standen. Die Internationale brauste aus der Menge auf. Auf der Tribüne wurde sie auf französisch, holländisch und schwedisch gesungen, als Max Reimann, ständig von Beifall unterbrochen, die Kundgebung mit dem Gelöbnis schloß: „Auf dieser mächtigen Kundgebung, die anläßlich der einjährigen Verkündung des Ruhrstatuts stattfindet, erklären wir: Die Ruhr ist deutsch und muß das industrielle Herz einer gesamtdeutschen demokratischen Republik sein. Das Ruhrgebiet, aus unerläßlicher Bestandteil einer gesamtdeutschen, friedliebenden, demokratischen Republik garantiert allen Völkern, daß ihnen niemals mehr droht, Opfer eines imperialistischen Angriffes von deutschem Boden aus zu werden, und daß die Industrie des Ruhrgebietes nur dem Frieden dient.“

Als der erste Vorsitzende der KPD nach diesen Worten von Rednerplatz trat, drückten ihm die Vertreter der Arbeiterklasse Frankreichs, Deutschlands, Hollands und Schwedens spontan die Hand.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens hatte, da es ihr leider unmöglich war einen Vertreter zur internationalen Kundgebung zu senden, den Werktätigen an Rhein und Ruhr einen flammenden Gruß entsandt, der wiederum unter Hochrufen und Fähnenschwenken verlesen wurde. In der Botschaft heißt es: „Eure Kundgebung wird zur Verstärkung des Kampfes der deutschen werktätigen Massen für Frieden, Einheit, nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der Lebensinteressen unter der Führung der Kommunistischen Partei Westdeutschlands beitragen. Es lebe die KPD, es lebe ihr hervorragender Führer Max Reimann, es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem britischen Volk. Gezeichnet: Harry Pollitt, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens.“

Beifall brauste auf, als Pierre Islan, Mitglied des ZK der stärksten Partei Frankreichs, der ruhmreichen kommunistischen Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gedachten. Im Namen der kommunistischen Partei Frankreichs begrüßte er die Bruderpartei Westdeutschlands.

„Wir führen einen gemeinsamen Kampf gegen dieselben Feinde und gegen dieselbe Gefahr, gegen den Krieg, gegen die Not.“

Den Märtyrern der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stellte er die französischen Helden Pierre Somero und Gabriel Peri an die Seite, die vom imperialistischen Frankreich verfolgt und von Hitler hingerichtet wurden. Er

Wimpel für die friedliebende Jugend ihrer Länder als Symbol der Völkerfreundschaft überreicht. Gemeinsam mit den deutschen Jugendlichen schwenkten sie die Fahnen in der allgemeinen Begeisterung.

Rene Duspy, Vorsitzender der kommunistischen Fraktion im belgischen Parlament und Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Belgiens, Spanienkämpfer und Partisanenkommandant während der Resistance, rief aus: „Nieder mit der imperialistischen Ruhr, Kolonie und Arsenal des Krieges! Es lebe die sozialistische Ruhr der Arbeiter!“

Jan Haaken, der die deutsche Sprache während des Krieges als Häftling im KZ Buchenwald erlernt hat, stellte unter Beifallsstürmen fest, daß er sein Leben der Solidarität der deutschen KZ-Häftlinge verdanke. Nie wieder dürfe die deutsche Ruhr-

industrie zur Waffenschmiede werden. Er forderte die deutschen Werktätigen auf, gemeinsam mit den holländischen Arbeitern und Werktätigen, die einen heldenhaften Kampf gegen die indonesische koloniale Unterdrückung führen, einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Der jugendliche Sven Johansson Vertreter der schwedischen Kommunistischen Partei, unterstrich die Bedeutung der Ruhr, die in den Händen des deutschen Volkes eine riesige Werkstatt für den Wohlstand Deutschlands werden muß und nicht der Vernichtung in den Händen des amerikanischen Monopolkapitals dienen darf. Die Vertreter der kleinen Völker, sagte er, wollen sehen, wie sich die beiden Riesen, der Russe und der Deutsche, in unzerrüttlicher Freundschaft zum Wohle des Friedens und der Freiheit auch der kleinen Völker umarmen.

Fortsetzung auf Seite 2

Unter dem Druck ausländischer Konkurrenz Deutsche Seifenfabriken müssen Produktion einstellen

Gelsenkirchen. (Eig. Ber.) Infolge der wachsenden Konkurrenz des ausländischen Unilever-Konzerns war die Seifenfabrik F. R. Schmidt in Gelsenkirchen, die zur Gruppe der Drei-Ring-Werke gehörte, mit Ablauf des Jahres 1949 gezwungen, ihre Produktion einzustellen und die gesamte Belegschaft zu entlassen. Eine weitere Fabrik der Drei-Ring-Werke in Bonn mußte ebenfalls aus demselben Grunde ihre Pforten schließen.

Mit den unter dem Druck ausländischer Konkurrenz erzwungenen Betriebsschließungen wird offenkundig, so erklärt man in Wirtschaftskreisen, daß mit dem Verbot der synthetischen Fettsäureproduktion die westdeutsche Seifenindustrie ausgeschaltet werden soll. Es sei den wesentlichen Besatzungsmächten wohlbekannt, so wird betont, daß es deutschen Fabriken unmöglich ist, die Seifenproduktion bei den übersteuerten Preisen für importierte Fettsäure aufrechtzuerhalten.

Schärfere Maßnahmen angekündigt

Hannover. Die Erhöhung der Treibstoffpreise in den Westzonen bedroht die Existenzgrundlage von mehr als 650 000 Arbeitern und Angestellten der Betriebe des Kraftverkehrsgewerbes, stellte ein Gewerkschaftsvertreter auf einer Protestkundgebung in Hannover fest. Die Teilnehmer der Kundgebung, die von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr einberufen war, forderten von den Bonner Instanzen, die Erhöhung der Treibstoffpreise sofort rückgängig zu machen. Für den Fall, daß die Bonner Separatregierung auf der Erhöhung beharrt, wurden schärfere Maßnahmen angekündigt, um die Forderung der Kraftverkehrsbetriebe durchzusetzen.

Bundesregierung wünscht Zensur

Auch in Bonn ein „Anti-Schund- und Schmutzgesetz“

Bonn. (E. B.) Wie Ministerialdirektor Dr. Lüders vom Innenministerium mitteilte, bereitet die Bundesregierung ein Gesetzentwurf gegen die sogenannte Schund- und Schmutzliteratur vor. Sie will damit der „Gefährdung der Jugend begegnen“.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser Absicht um einen Vorstoß der katholischen Kirchenkreise, die gegen jede freiheitliche Regung ankämpfen und erst vor kurzem durch das Kölner erzbischöfliche Generalvikariat einen Sünden katalog veröffentlicht haben und von der Staatsregierung sofortiges Einschreiten verlangen.

Die reaktionäre Bundesregierung ist nur allzu gern diesem Wink gefolgt und hat be-

Und nun das Telephon

Bonn, 5. Jan. Aus Kreisen der westdeutschen Postverwaltung verlautet, daß mit einer Erhöhung der Fernsprechgelder im Gebiet des Bonner Separatstaates zu rechnen ist. Man erklärt, daß die Postverwaltung trotz der bereits durchgeführten Erhöhung der Fernsprechgelder um rund 30 Prozent nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Das ist ihre Beamtenfreundlichkeit

Abgeordneter Renner (KPD) setzt sich für die Forderungen ein

Bonn. (Eigenbericht) „Das ist ihre sogenannte Beamtenfreundlichkeit“, sagte der Abgeordnete Renner (KPD) im Haushaltsausschuß des Bundestages, nachdem Bundesfinanzminister Dr. Schäffer (CDU) beantragt hatte, den einstimmig gefaßten Beschluß des Beamtenrechtsausschusses zu revidieren. Dort war auf Grund eines KPD-Antrages beschlossen worden, ab 1. Januar 1950 die sechsprozentige Kürzung der Beamtengehälter aufzuheben.

Dr. Schäffer schlug vor, diese Frage mit der Neuregelung des gesamten Beamtenrechts zu verbinden. Mit der Vorlage eines entsprechenden Gesetzes ist aber im ersten halben Jahr nicht zu rechnen. Nach den Ausführungen des Bundesfinanzministers komme die Durchführung des KPD-Antrages in der Hauptsache den Ruhestandsbeamten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen zugute. Der Beschluß würde einen jährlichen Mehraufwand von 70 Millionen D-Mark verursachen. Doch, um diesen Betrag ging es Dr. Schäffer nicht, denn so sagte er ausdrücklich: „Es handelt sich nicht so sehr um die finanzielle Seite der Sache.“ Dr.

Schäffer verlangte vom Haushaltsausschuß zu prüfen, ob die für die Beamtenschaft bewilligten, nicht ruhegehaltfähigen Zuwendungen für die Beamtenschaft bei einer Aufhebung der sechsprozentigen Kürzung in Anrechnung gebracht werden sollen.

Um seine Forderungen schmuckhaft zu machen, wies Dr. Schäffer auf die Not der Flüchtlingsbeamten hin, die durch die Schuld der hinter der Bonner Separatregierung stehenden Kreise heute noch ohne feste Stellung sind. Er fand dabei die Unterstützung der CDU-Abgeordneten Würmeling und Bausch. Letzterer nannte die Ausführungen Dr. Schäffers sehr konstruktiv und sprach ganz unverhüllt davon, daß das kommende Beamtenrecht den Beamten schwere Opfer auferlegen werde.

Einzig der Abgeordnete Renner (KPD) setzte sich für die Forderung der Beamtengewerkschaften ein, die noch bis in die letzten Tage allen Fraktionen zugesandt worden war. Er wies die Vorschläge Dr. Schäffers scharfstens zurück und forderte die Zustimmung zum Beschluß des Beamtenrechtsausschusses. Heute decken die Gehälter der unteren und mittleren Beamten, so sagte er, nur rund 50 Prozent der Lebenshaltungskosten. Das Grundgesetz gebe dem Minister die Möglichkeit, auf die Länderfinanzen zurückzugreifen, um den Wünschen der Beamten Rechnung zu tragen. Dabei brauchten den Ländern keine Mehraufwendungen zu entstehen, da sie jetzt die Kriegsfolgekosten finanzierten, für deren Regelung der Bund zuständig sei. Die Mehrheit des Ausschusses dachte nicht mehr an ihre Reden und Artikel über die Unterstützung der Rechte der Beamten und ging einer Beschlußfassung aus dem Wege.

Im Streiflicht gesehen

33 Menschen hinter Gittern lebend verbrannt

Davenport (Iowa). Schreiende Frauen rüfteten hilflos an den vergitterten Fenstern einer brennenden amerikanischen Irrenanstalt in Davenport, um sich vor den sturmgepeitschten Flammen in Sicherheit zu bringen, als am Sonnabend in der Abteilung für Gemütskranke des Krankenhauses ein Großfeuer ausgebrochen war. Bis zur Nacht wurden 33 Leichen geborgen. Von den 68 Insassen wurden 37 mit Verletzungen geborgen, darunter die drei einzigen männlichen Patienten der Nervenheilanstalt. Die Löscharbeiten wurden durch den Sturm und starke Kälte behindert. Neben Feuerwehrmännern bemühten sich Schwestern und freiwillige Helfer, die Patienten aus ihren verschlossenen, mit Eisenstäben gesicherten Zellen zu befreien. Augenzeugen der Katastrophe berichteten von grauenerregenden Szenen, die sich ihnen durch die vergitterten Fenster darbieten. Schreiend stürzten die Irren immer wieder gegen die Eisenstäbe, um ins Freie zu gelangen. Teilweise konnte die Feuerwehr die Gitter mit Aexten beseitigen. Eine Frau, die bei der Bergung der Unglücklichen half, kam dabei ums Leben. (Nach Reuter).

Helsinki. Vier Männer und vier Frauen im Alter von über 70 Jahren fanden bei dem Brand eines Altersheimes in Ostfinland den Tod. Zahlreiche weitere Personen wurden schwer verletzt oder erlitten durch die außergewöhnlich starke Kälte — etwa Minus 30 Grad — Erfrierungen. Der Brand wurde durch einen Kurzschluß verursacht. (Nach afp)

Kälte verursacht Explosion eines Oeltanks

Stockholm. In der schwedischen Stadt Sundsvall explodierte in der Nacht ein Oeltank mit 4 Millionen Liter Inhalt. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Die Explosion wurde nach Ansicht von Sach-

verständigen durch die überaus starke Kälte verursacht, die zu einer Ueberhöhung des Gasdrucks in dem Behälter geführt habe.

Gewalttätigkeit — wegen verlegtem Gebiß

Paris. Eine 56jährige Französin, wurde von einem Pariser Gericht zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie ihren um 5 Jahre älteren Jugendfreund mit einem Bügeleisen k.o. geschlagen hatte. Sie hatte ihn beschuldigt, ihr Gebiß gestohlen zu haben. Später jedoch fand sie ihre Zähne in einem Wasserglas. (Nach Reuter)

Scheidung wegen „äußerster Grausamkeit“

Paterson (New Jersey). Eine Amerikanerin in Paterson (New Jersey) reichte Scheidungsklage ein, weil ihr Mann um 4 Uhr morgens nach Hause gekommen war und sie dadurch geweckt hatte, daß er ihr vier tote Kaninchen ins Bett legte. Das Gericht sprach die Scheidung wegen „äußerster Grausamkeit“ des Ehegatten aus. (n. Reuter)

Der Sarg blieb unverletzt

Mailand. Ein unerwartetes Ende nahm eine Trauerfeier im engsten Familienkreise in Mailand. Als sich zehn Personen im ersten Stock eines schon baufälligen Hauses zum Gebet um einen Sarg versammelt hatten, brach der Fußboden durch und rief Betende, Sarg und die Toten in die Tiefe. Zwei Frauen wurden schwer verletzt. Der Sarg blieb unbeschädigt. (Nach Reuter)

Sommerliche Wärme in New York

New York. In New York herrschte am Donnerstag eine sommerliche Wärme von 22 Grad Celsius. Kalifornien dagegen, das für sein mildes Klima bekannt ist, wird gegenwärtig von einer Kältewelle heimgesucht, die in Obstplantagen bereits beträchtlichen Schaden angerichtet hat. (n. afp)

Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Kampfesgruß des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die werktätige Bevölkerung des Ruhrgebietes

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat seit ihrer Gründung auf dem Vereinigungskongreß der KPD und SPD, Ostern 1946, wiederholt feierlich erklärt: Das Ruhrgebiet ist das Herz Deutschlands und niemals wird es unser Volk dulden, daß es aus dem deutschen Volkskörper herausgerissen wird.

Die anglo-amerikanischen Imperialisten haben mit dem vor einem Jahr diktierten Ruhrstatut den Versuch gewagt, dieses industrielle Herz Deutschlands vollständig von der deutschen Wirtschaft loszulösen, und es zur Basis ihrer nation a U-terdrückung und ihrer Kriegsvorbereitung gegen den Osten auszubauen. Diese Imperialisten konnten so handeln, weil sie in den Adenauer, Blücher und Schumacher deutsche Politiker und Parteiführer fanden, die ihre Hand zu diesem Treiben hielten. Ohne Befragung und gegen den Protest der werktätigen Massen, hat die Adenauer-Regierung die Zustimmung und die Teilnahme an der Ruhrbehörde beschlossen. So ist das Ruhrgebiet, in den Händen der Verantwortlichen für zwei Weltkriege unter der Führung des amerikanischen Imperialismus, erneut zur ernstesten Gefahr für den Frieden

und die Sicherheit Deutschlands und aller Völker Europas geworden.

Im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der starken und führenden Kraft in der Deutschen Demokratischen Republik, erklären wir:

Niemals wird das deutsche Volk die Loslösung des Ruhrgebietes und die Abspaltung und Kolonisierung Westdeutschlands anerkennen. Alle patriotischen Kräfte in unserem deutschen Vaterland müssen sich in der Nationalen Front für Frieden und für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands zusammenschließen und geschlossen den Kampf führen, bis die Ziele des nationalen Befreiungskampfes erreicht sind: Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, Abzug der Besatzungsmächte und Schaffung einer einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Republik.

In diesem seinem Kampfe wird das deutsche Volk, wie es Generalissimus Stalin in seiner Grußbotschaft am 13. Oktober 1949 an die Deutsche Demokratische, friedliebende Republik unterstrich, der Unterstützung aller freiheitlichen Völker, insbeson-

dere der Hilfe der mächtigen Sowjetunion sicher sein.

In diesem Geiste des nationalen Zusammenhalts aller freiheitlichen und friedliebenden Deutschen, und im Geiste der internationalen Solidarität mit den um den Frieden, die Sicherheit und die Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfenden Nachbarvölkern, nimmt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands innigen Anteil an den internationalen Solidaritätskundgebungen und entbietet der Ruhrbevölkerung ihre brüderlichen Kampfesgrüße.

Es lebe der solidarische Kampf der Völker Europas gegen die imperialistischen Kriegstreiber!

Es lebe die Sowjetunion, der mächtige Hort des Friedens!

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik! Die ihre historische Aufgabe des Kampfes für ein friedliches, demokratisches, einheitliches und unabhängiges Deutschland erfüllt! wird!

Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Adenauers neueste Verbeugung

Und wir müssen dafür zahlen

Was wird die Folge der neuesten tiefen Verbeugung der Regierung Adenauer vor den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg bei Bonn sein? Wir meinen ihr Angebot, den Inlandskohlenpreis um 30 Pfennig je Tonne zu erhöhen und dafür den Exportkohlenpreis um 2,18 DM je Tonne herabzusetzen. Die Hohen Kommissare haben Adenauers Vorschlag angenommen. Nur von Seiten des Beauftragten der französischen Regierung sollen noch einige kleinere Bedenken geltend gemacht worden sein, wie gemeldet wird.

Möglich, daß die Adenauer und Erhard uns das eben zustandgekommene Abkommen als einen Erfolg ihrer Regierungstätigkeit darstellen werden. Denn die Sachverständigen der Westmächte hatten ja die gänzliche Besetzung der Spanne zwischen dem Inlands- und dem Auslandspreis für die deutsche Kohle verlangt, die 8,- DM je Tonne betrug, und nun um 2,48 DM je Tonne auf 5,52 DM verringert wird. Der Exportpreis für deutsche Kohle war aber erst im Oktober des vergangenen Jahres entsprechend der Abwertung der D-Mark auf Dollarbasis herabgesetzt worden. Schließlich war die Preispolitik für den deutschen Kohlenexport seit 1945 von den westlichen Besatzungsmächten bestimmt worden, und die Ausfuhrerlöse lagen stets um einen mehr oder minder hohen Prozentsatz unter dem Weltmarktstand, wie die „Deutsche Zeitung“, Stuttgart, erst kürzlich noch berichtete. Was aber die Spanne zwischen Inlands- und Exportpreis der Kohle angeht, so ist sie, in England zum Beispiel absolut und relativ höher als in Westdeutschland.

Welches ist der Zweck der Übung, an der die Herren Adenauer, Erhard und so weiter nur gar zu bereitwillig teilnehmen? Das ist leicht zu erkennen. Die deutsche Fertigwarenindustrie soll in ihrer Konkurrenzfähigkeit getroffen werden, vor allen Dingen auf dem Weltmarkt.

Wenn der Inlandskohlenpreis erhöht wird, dann bedeutet das automatisch die Erhöhung aller übrigen Warenpreise, weil ja zur Herstellung fast aller übrigen Waren in irgendeiner Form Kohlen gebraucht werden. Eine Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Massen der Bevölkerung, insbesondere der am schlechtesten Entlohnsten und der Rentempfänger verschiedener Art, in jedem Falle der Ärmsten der Armen, ist eine weitere Folge. Die Massen können weniger kaufen, und die Produktion deutscher Waren für den Verbrauch im eigenen Lande geht also zurück. Obendrein haben Adenauers Behörden mit Wirkung vom 1. Januar 1950 ab die Frachtsätze um 12 Prozent erhöht. Aber nur für die Deutschen. Ausländische Importeure sind von dieser Verteuerung ausdrücklich befreit.

Aber wie ist es auf den Auslandsmärkten? Gibt es da vielleicht einen Ausgleich für die Verluste auf dem Inlandsmarkt? Das gerade Gegenteil ist der Fall. Sind die deutschen Waren teurer als bisher, steigen die deutschen Waren im Preise, dann vermindern sich die Absatzmöglichkeiten für sie; die billigere ausländische Konkurrenz wird bevorzugt. Nun aber wird der Ausfuhrpreis der Kohle in der durch die Regierung Adenauer angebotenen Höhe gesenkt. Das heißt, die Industriellen in den Ländern, in die Westdeutschland durch die Ruhrstratung gezwungen ist, Kohle zu exportieren, werden in den Stand gesetzt, billiger zu produzieren als bisher. Mit den höheren Preisen, die wir für die in unserem Lande geförderte Kohle zahlen müssen, finanzieren wir demnach die Ausfuhr anderer Länder, finanzieren wir die Konkurrenten der deutschen Fertigwaren-Fabrikanten auf dem Weltmarkt. Aus doppeltem Grunde also müssen sich die Chancen des Absatzes von deutscher Fertigware im Ausland vermindern. Herr Adenauer hat es so vorgeschlagen; die Hohen Kommissare haben zugestimmt.

Wenn in einer Meldung davon die Rede ist, daß die Vertreter der französischen Regierung Bedenken geltend gemacht haben mit Bezug auf die Neufestsetzung der deutschen Kohlenpreise, wenn ihnen also der Inlandspreis noch nicht hoch genug und der Exportpreis noch nicht niedrig genug ist, so hat das noch eine besondere Bedeutung. Gerade aus Frankreich kommen Klagen darüber, daß infolge des Marshallplanes, infolge des Hereinströmens amerikanischer Waren nach Frankreich und nach anderen Gebieten, die bislang zu den Absatzmärkten Frankreichs gehörten, die Möglichkeit für die Entfaltung der französischen Industrie immer mehr eingeeignet werden. Auf unsere Kosten also wird offenbar Frankreich eine bescheidene Entschädigung dafür gegeben.

Adenauers neueste Vorschläge an die Hohen Kommissare auf dem Petersberg bei Bonn, eben die, von denen hier die Rede ist, unterstreichen den kolonialen Charakter der Wirtschaft in Westdeutschland. Drosselung der Fertigwarenindustrie und Begünstigung der Ausfuhr von industriellen Rohstoffen durch die Preisgestaltung, gestützt auf Ruhrstratung und Besatzungsstatut, die beide von der Adenauer-Regierung anerkannt und gutgeheißen sind. Drosselung des innerdeutschen Preisniveaus und durch die Abschneidung der Auslandsmärkte für deutsche Waren und durch die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit von Industrien anderer Länder durch dieselbe Maßnahme, sowie durch die Verbilligung des ihnen zugeführten Rohstoffs.

Was muß dies alles zur Folge haben? Weitere Arbeitslosigkeit, weitere Not, weiteres Elend in Deutschland. Parallel dazu läuft die Fortsetzung der Demontage deutscher lebenswichtiger Industrien. Und zu allem sagen die Adenauer, Erhard, Blücher und Co. letzten Endes ja und Amen. Adenauer betreibt obendrein die Propaganda für Westdeutschlands Remilitarisierung durch seine Bereitschaft zur Aufstellung eines deutschen Kontingents in einer europäischen Armee, in der, wie sich versteht, Amerika das oberste Kommando führen würde. Die Aktionseinheit der Ar-

Protestiert gegen Demontagestop-Prozeß

Journalistenverband gegen Bedrohung der Pressefreiheit — Hamburger Rechtsanwälte für breite Protestbewegung

Watenstedt-Salzgitter. (E.B.) „Aufrechte Patrioten werden die acht Angeklagten im Demontagestop-Prozeß in Hunderten von Zuschriften, Protestresolutionen und Sympathieerklärungen genannt. Aus allen Teilen Deutschlands gehen von Vorständen der Industriegewerkschaften, von Massenorganisationen, Einwohnerversammlungen, bekannten Persönlichkeiten, Proteste und Spenden ein. Hamburger Rechtsanwälte, Betriebe aus West- und Ostdeutschland, Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik verlangen die Niederschlagung des Prozesses und die Beendigung der Demontagen.“

Der Kreisvorsitzende der KPD in Watenstedt-Salzgitter, Zeisler, wies am Montag alle Gerüchte über Sabotageabsichten seiner Partei an den Demontageplänen für die Reichswerke zurück. Die KPD lehnt Terrormaßnahmen auch gegen die Demontagen grundsätzlich ab, weil dies anarchistische Methoden sind.

Das Verteidigungskomitee im Demontageprozeß gegen acht Arbeiterfunktionäre teilt mit, daß täglich Hunderte von Briefen, Telegrammen und Protestschreiben aus ganz Deutschland eingingen. U. a. faßte der

Rat der Stadt Emden einstimmig eine Entschließung in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der Demontagestop-Prozeß gegen acht ehrliche Deutsche eine schwere Gefahr für die demokratische Entwicklung Deutschlands darstellt.

Der Verband der Journalisten in Niedersachsen hat mitgeteilt, daß er sich in einem offiziellen Schreiben an den Landeskommissar für Niedersachsen wenden will, um ihm mitzuteilen, daß das Gesetz Nr. 5 der Hohen Kommissare zu einer Bedrohung der Pressefreiheit werden könne. Den an-

geklagten Mitgliedern des Verbandes müsse eine materielle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

Die „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlichte die Stellungnahme von mehreren Hamburger Rechtsanwälten zum Demontageprozeß und brachte anschließend ein Interview des Chefredakteurs der Deutschen Presseagentur (dpa), Sänger, der zugleich Vorsitzender des beratenden Ausschusses in Hamburg ist:

Frage: Wir haben mit verschiedenen Hamburger Rechtsanwälten gesprochen, die bestätigen, daß dieser Fall einmalig ist in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung. Sie betonen, daß es Sache der deutschen Verleger ist, ihr Recht zu wahren, da es sonst möglich wäre, daß kurz über lang ein anderer unter ihnen in einen derartigen Prozeß verwickelt werden kann. Wie vertritt sich nun eine solche Behinderung der Presse, wie sie in dem Prozeß offensichtlich wird, mit ihren Anschauungen über Pressefreiheit und der notwendigen Rechtssicherheit im Pressewesen?

Antwort: Ich bin der Auffassung, daß unter keinen Umständen ein Verleger dafür verantwortlich gemacht werden kann, was seine Redakteure in der Zeitung schreiben. Entweder, meine ich, haben die Journalisten im Rahmen der Grundgesetze, die ihnen der Verleger beim Engagement gibt, selbständige geistige Arbeit zu leisten und diese auch zu verantworten, oder es besteht die Gefahr, daß der Verleger laufend in die redaktionelle Arbeit hineingerät. Wenn das letzten Endes möglich sein sollte, und die englische Haltung in diesem Falle scheint dafür zu sprechen, dann ist eine Pressefreiheit nicht mehr gegeben. Ich bin der Auffassung, daß Lehmann gerade in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nicht zur Rechenschaft gezogen werden darf. Wenn er schon die Verantwortung tragen soll, dann muß man ihm zugute halten, daß er als Abgeordneter in diesem Falle die Interessen der arbeitenden Menschen in Watenstedt-Salzgitter wahrnehmen wollte. Es ist sehr unklug, ihn dafür zur Rechenschaft ziehen zu wollen.

Frage: Halten Sie es nicht für notwendig, schon jetzt ganz klar gegen die Gefahr, die damit allen Pressen droht, in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen?

Antwort: Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich eine breite Front aller an der Freiheit der Presse interessierten Menschen, Journalisten, Verleger, Redakteure, aber auch der Leser, bilden würde, die gegen jeden Versuch Stellung nimmt, die Unabhängigkeit und das freie Wort in der Presse zu beeinträchtigen.

Der Presseterror in Argentinien

Nach amerikanischem Vorbild — Protestierende Bürger angeklagt

Buenos Aires. (Eigenbericht) Das von dem Ausschuß zur Untersuchung „unargentinischer Betätigung“ ausgesprochene Verbot von sechs fortschrittlichen Zeitungen und Zeitschriften hat in der demokratischen Öffentlichkeit zahlreiche Proteste hervorgerufen.

So haben die Anwaltskammern von Tucuman, der zweitgrößten Stadt Argentiniens, und der Verband der fortschrittlichen Jugend in Buenos Aires in Telegrammen an den Ausschuß gegen das Verbot des Organs der Kommunistischen Partei „La Hora“ und der Wochenzeitschrift „La Orientacion“ protestiert.

Der Vorsitzende des Ausschusses hat darauf den Generalstaatsanwalt ersucht, ein Verfahren gegen die Anwaltskammer von Tucuman einzuleiten. Die Polizeibehörde von Buenos Aires wurde angewiesen, das Büro der Jugendorganisation zu überwachen und vor dem Gebäude einen Posten aufzustellen.

Wieder Gangsterstreik gegen Gewerkschaften in USA

Detroit. Ein Wächter, der im vergangenen Monat eine Dynamitladung im Zentralsekretariat der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft entdeckt hatte, wurde am Freitagmorgen von zwei unbekannten Männern in einem Kraftwagen entführt. Die Entführung ist der fünfte verbrecherische Anschlag, der innerhalb von zwanzig Monaten gegen die Gewerkschaft und ihre Funktionäre verübt wurde. (Nach Reuter)

Hafenarbeiter streiken in Sydney

Sydney. (dpa) Die Umschlagfähigkeit des Hafens von Sydney, in dem gegenwärtig 51 in- und ausländische Schiffe liegen, kam am Freitag durch den Streik von 6000 Dockarbeitern zum Erliegen. Die Dockarbeiter sind aus Protest gegen die Anheuerung von gewerkschaftlich nicht organisierten Sanitätspersonal auf Hochseeschiffen in den Ausstand getreten. Der von der kommunistisch beeinflussten Hafenarbeitergewerkschaft ausgereifte Streik droht, sich auf andere Häfen auszudehnen. (Nach Reuter)

Norwegen anerkennt Pekinger Regierung

Oslo. Die norwegische Regierung hat am Freitag beschlossen, die Regierung der Volksrepublik China anzuerkennen. Der norwegische Generalkonsul in Schanghai wurde beauftragt, dem chinesischen Außenministerium mitzuteilen, daß Norwegen zur Entscheidung eines diplomatischen Vertreters nach Peking bereit ist. (Nach ntb)

Finnische Regierung ohne Vertrauen

Helsinki. (Eig. Ber.) Aus Anlaß der bevorstehenden Präsidentenwahlen hat das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei

Finnlands die Werktätigen aufgerufen, ihre Stimmen auf den Kandidaten der Volksdemokratischen Union, den ehemaligen Ministerpräsidenten Pekka Ila, zu vereinigen.

Dieser bietet als einziger die Garantie dafür, daß wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Anwachsen der Reaktion ergriffen werden. Das Zentral-Komitee stellt in dem Aufruf fest, daß infolge der kapitalistenfreundlichen Politik der sozialdemokratischen Regierung Fagerholm die Produktion sowie der Lebensstandard der Werktätigen ständig sinken, die Arbeitslosigkeit zunimmt, die Beziehungen zur Sowjetunion sich verschlechtern und der Faschismus wieder sein Haupt erheben darf. Die sowjetische Note über den geduldeten Aufenthalt von 300 Kriegerverbrechern sowjetischer Nationalität in Finnland hat zur Erschütterung des Vertrauens gegenüber Fagerholm beigetragen.

Erste Erfolge in Finnland

Helsinki. (ap) Die finnische Regierung gab am Donnerstag ihre Zustimmung zu einer 7,5prozentigen allgemeinen Lohnerhöhung.

Der Beschluß wurde in einer Plenarsitzung des Kabinetts gefaßt und ist die Antwort auf die Forderung des Gewerkschaftsverbandes nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung.

Über eine Million Gemütskranke in USA

Wie der amerikanische Gesundheitsdienst mitteilte, haben sich im vergangenen Jahr über 1 Mill. Amerikaner wegen Gemütskrankheiten in ärztliche Pflege begeben. Jeder zehnte Amerikaner benötigt mindestens einmal in seinem Leben eine psychiatrische Behandlung und jeder zwanzigste müsse in ein psychiatrisches Krankenhaus oder Sanatorium gehen. Amtliche Statistiken weisen, daß die Zahl der Gemütskranken in den USA zunehme. Wie die „New York Herald Tribune“ vom 4. Januar meldet, betrachten die Ärzte und die Regierung das Anwachsen dieser Krankheiten aber nicht als einen Beweis dafür, daß die USA „verrotten“ würden.

300 000 Arbeitslose in Kanada

Die beiden großen kanadischen Gewerkschaftsorganisationen beschwerten sich bei ihrer Regierung darüber, daß diese der Öffentlichkeit die Statistiken über die Arbeitslosigkeit vorenthalte. Die Zahl der Arbeitslosen in Kanada sei auf 300 000 angewiesen und betrage damit mehr als 6 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.

Lynch-Justiz in USA

Wie ein amtlicher amerikanischer Bericht feststellt, wurde im Süden der USA in drei

Fällen im Jahre 1949 erwiesenermaßen Lynch-Justiz geübt. Die wirkliche Zahl der Lynch-Morde liegt aber höher. Die amerikanische Gesellschaft zur Wahrung der Rechte der Farbigen stellte in ihrem Jahresbericht fest, daß die Lynch-Justiz im Jahre 1949 „beträchtlich zugenommen“ hat.

Gefängnis für Heimkehrerschwindler

Saarbrücken. Zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilte die Saarbrücker Strafkammer einen saarländischen Hilfsarbeiter, der sich unberechtigt als entlassener Kriegsgefangener ausgegeben hatte.

Der Verurteilte, der einer anderen Straftat entgegen wollte, war vom Saarland illegal nach Frankfurt-Oder gereist und hatte sich dort in ein sowjetisches Kriegsgefangenenlager geschmuggelt. Es gelang ihm, mit vor-schriftsmäßigen Papieren als Kriegsgefangener entlassen zu werden. Der Heimkehrer reiste ins Saarland zurück, ließ sich ein Unterstützungsgeld von 10 000 Francs auszahlen und eine dreiwöchige Erholungskur in Bad Rillingen verschreiben. Dort erschwand er sich als Heimkehrer noch andere Geldsenden.

Mächtige Kundgebung

Fortsetzung von Seite 1

Herrmann Matern, Vizepräsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik rief aus: „Fort mit dem Ruhr- und Besatzungsstatut, Abzug aller Besatzungstruppen. Schaffen wir die nationale Front aller Deutschen, die guten Willens sind, dann wird das einige, demokratische und friedliche Deutschland erstehen, auf daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheine!“

Die Versammelten stimmten spontan die Hymne des einzigen Deutschlands an. „Alle Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint.“

Max Reimann erklärte in seiner Rede: „Anläßlich der Verkündung des Ruhrstatuts hatte ich im vergangenen Jahr in Düsseldorf erklärt, daß derjenige deutsche Politiker, der bereit ist, unter den Bedingungen des Ruhrstatuts eine separate westdeutsche Regierung zu bilden, sich nicht wundern darf, wenn er vom deutschen Volk als Quälgeist bezeichnet wird. Ein Jahr nach diesem Ausspruch — der ihn bekanntlich ins Gefängnis brachte, aus dem er durch den Protest der friedliebenden Bevölkerung vorfristig entlassen werden mußte — zog Max Reimann die Bilanz des Ruhrstatuts. An Hand der befohlenen D-Mark-Abwertung, der Lohnstop-Politik, der steigenden Arbeitslosigkeit und der ständigen Unterwerfung der Bonner Regierung unter das Regiment der Hohen Kommissare, bewies Max Reimann, die Katastrophentypik der Bonner Regierung und des Ruhrstatuts, das ihren Namen trägt, das der Kriegsvorbereitung dient und verstärkte Not bedeutet.“

Die internationalen Massenkundgebungen in Düsseldorf, Essen und Dortmund wurden zum Auftakt des verstärkten Kampfes gegen diesen verhängnisvollen Weg und das Ruhrstatut, das Westdeutschland versklaven und den Krieg vorbereiten soll.

Dann natürlich ...

Bundespräsident Heuß gestand in den letzten Minuten des alten Jahres, daß „Der Arbeitsstil der neuen gesetzgebenden Körperschaft noch recht unvollkommen“ ist — das haben die Betroffenen in Westdeutschland an ihrem eigenen Körper zu verspüren bekommen —, und er gab auch die Erklärung dafür — „... denn nie war einem Parlament in einem Staatswesen mit geknickter Souveränität eine solche Last auferlegt.“ („Frankfurter Rundschau“ vom 2. 1. 1950)

Also mit der Souveränität, die der Separatregierung Adenauer verliehen wurde, ist etwas nicht in Ordnung — wir haben das im Zusammenhang mit Besatzungsstatut und Besatzungskosten, Ruhrstratung und Demontage schon bemerkt —; sie ist also geknickt.

Wir haben schon von allerhand geknickten Sachen gehört: von geknickten Streichhölzern, geknickten Eckfahnen auf den Fußballplätzen, geknickten Eiern und geknickten Herzen. Immer war es etwas gewaltsam Zerbrochenes, Zertrretenes — eben mit Gewalt geknicktes. Wer aber könnte diesem westdeutschen Staatswesen in Bonn die Souveränität, die sie angeblich bekam, geknickt haben?

Die Souveränität des „Dritten Reiches“ ist 1945 zerschlagen worden; also davon kann nichts geknicktes übrig geblieben sein (so wollen wir hoffen). Wer also hat die „Bonner Souveränität“ geknickt, fragt empört jeder Bürger? Herr Heuß verrät es nicht, und Sie, lieber Leser, raten es bestimmt nicht, es ist ja sooo schwer.

— Oder sollte etwa Bonn, die „repräsentative Hauptstadt“ dieses „Staatswesens mit geknickter Souveränität“, unter den in der Nähe mächtig dräuenden „Petersberg“ gekommen sein?

Dann natürlich ...

Bergarbeiterstreik in USA-Staat Illinois. 18 000 Bergarbeiter im USA-Staat Illinois, die nur an drei Tagen in der Woche arbeiteten, haben am Dienstag die Arbeit eingestellt, weil eine Reihe von Grubenbesitzern den Tarifvertrag, der am 1. Januar in Kraft treten sollte, nicht eingehalten hat. Die Arbeiter einer Grube in Indiana haben sich dem Streik angeschlossen.

Asien im Kampf um seine Unabhängigkeit

II. Marionettenspiel in Indonesien

Einwirkung willigte die holländische Regierung ein, die „Unabhängigkeit“ von Indonesien zu proklamieren. Diese „Unabhängigkeit“ sieht in der Praxis so aus, daß willkürlich 16 von feudalen Sultanen beherrschte Staaten und Städte gebildet und in einer „niederländisch-indonesischen Union“ zusammengefaßt wurden, an deren Spitze die Königin von Holland steht, die nach wie vor die außenpolitischen Interessen, dieser, wie es so schön heißt, „selbstständig gewordenen Kolonie“ vertritt.

Ein weiteres Kennzeichen dieser „Lösung“ der indonesischen Frage, der die offiziöse Zeitung des französischen Außenministeriums „Le Monde“ schon am 28. 12. 1949 die Bezeichnung „fast ausschließlich das Werk Washingtons“ gab, ist, daß von den Völkern Indonesiens verlangt wird, 4,5 Milliarden Gulden Kriegsschulden an Holland zu bezahlen, und dies obwohl die UN im letzten Jahr gegen die Bombardierung indonesischer Städte durch holländische Flugzeuge an Weihnachten 1948 Stellung nahm. Um sich ein wirkliches Bild von dieser von der westlichen Presse so angepriesenen „Unabhängigkeit“ zu machen, braucht man nur noch hinzuzufügen, daß die holländischen Truppen nicht abgezogen wurden, sondern nur versprochen wurde, sie „langsam zurückzuziehen“, daß die holländischen Besitzungen außerhalb der indonesischen Gesetzgebung blieben und daß der indonesischen „Regierung“ von der „liberalen“ britischen Zeitung „Manchester Guardian“ vom 28. 12. 1949 bescheinigt wurde, sie habe „einige weise Schritte beim Aufbau ihrer Verwaltung unternommen“, als sie sich dafür entschied, holländische Beamte und Polizeioffiziere zu übernehmen. „Doch auch die USA sind bei der von ihnen angeregten „Lösung“ nicht zu kurz gekommen. Nachdem es die amerikanischen Erd-

öl-Truists verstanden, sich der Erdölquellen auf Borneo und Sumatra zu bemächtigen und Hunderte von Bohrtürmen und Tutzende von Erdölraffinerien zu errichten, nachdem die USA-Monopole Kautschukplantagen mit einer Gesamtfläche von mehr als 1 Million ACRE in Besitz nahmen, nachdem sie die früher der holländischen Gesellschaft Dutch Tin Co. gehörenden Zinn-Vorkommen übernahmen und das Monopolrecht auf den Abbau der Nickelzür-Vorkommen von Celebes erwarben, ist es kein Wunder mehr, daß von 2,5 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen bereits 1 Milliarde amerikanisch ist. Das Blatt der schweizerischen Hochfinanz, die „Neue Zürcher Zeitung“, hat daher recht, wenn es am 29. 12. 1949 zu der Feststellung kommt, daß „auf jeden Fall die frühere Vorzugstellung Hollands dahingegangen ist.“

Die „Regierung“, die auf amerikanische Empfehlung eingesetzt wurde, beweist im übrigen noch deutlicher, um was für eine Art von Unabhängigkeit es sich bei den „Vereinigten Staaten von Indonesien“ handelt. „Staatschef“ ist derselbe Soekarno, den der holländische Informationsdienst vor vier Jahren — in „Le Monde“ vom 29. 12. 1949 steht es nachzulesen — als „den Vertrauensmann der Japaner“ bezeichnete, der gemeinsam mit dem heutigen „Ministerpräsidenten“ Hatta „den Ministerpräsidenten des Kaisers von Japan respektvoll grüßte“ und der noch 1944 seinen Willen kundtat, „für Japan zu leben und auch für Japan zu sterben, falls es besiegt werden sollte.“ Diese Aeußerung hielt aber weder die Holländischen, noch die amerikanischen Imperialisten davon ab, Soekarno und Hatta der indonesischen Bevölkerung als ihre Führer zu präsentieren. Da der Einfluß der beiden aber selbst bei den rückständigen Schichten der Bevölkerung zurückging, ver-

suchte man ihn dadurch wiederherzustellen, daß die beiden im letzten Jahr für ein paar Wochen in fröhliche Kavalierschaft genommen und der Bevölkerung nachher wieder als „Martyrer“ zurückgegeben wurden. Daß sie aber nach wie vor im Solde der Imperialisten „leben und sterben wollen“ — nur nicht mehr im Solde der japanischen — beweist schon Soekarnos Neujahrsbotschaft, in der er geschäftig mitteilte, daß es „in Indonesien Schätze gibt, die nur darauf warten, ausgebeutet zu werden“ und die „jedem offen stehen, der für die Entwicklung des Landes arbeitet.“ (New York Herald Tribune“ vom 2. Januar 1950)

Jedenfalls steht fest, daß die Imperialisten bei diesem Spiel keinerlei Nachteile einzustecken brauchen. Im Gegenteil, sie hoffen noch darauf, in ihren Dienern Soekarno und Hatta willige Werkzeuge zur Unterdrückung der Volksbefreiungsbewegung gefunden zu haben. Diese haben schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie hierin tüchtig sind, vor allem, als sie durch die Provokation von Madiun die besten Kommunisten und Gewerkschaftler ermordeten. Es ist daher von ihnen anzunehmen, daß sie sich die Worte des holländischen Kolonialministers van Maarseveen zu Herzen nehmen.

„Da die holländischen Truppen absolut nicht ausreichen, um Java und Sumatra unter holländischer Kontrolle zu halten, müssen die holländischen Truppen zusammen mit den Truppen der Hatta-Regierung gegen die Partisanen kämpfen.“ („Neue Zeit“ Moskau, Nr. 48, Jahrgang 1949).

Doch die Soekarno und Hatta sind ebenso wenig wie die Heuß und Adenauer die Vertreter des Volkes. Trotz des Marionettenspiels befinden sich ganze Provinzen Indonesiens in der Hand der Volksbefreiungsbewegung, die ihren Kampf verstärkt. Es kann daher kein Zweifel mehr bestehen, daß der Völkern Indonesiens, gestützt auf das große Beispiel des chinesischen Volkes, gelingen wird, die Fremdherrschaft samt ihren Marionetten hinwegzufegen. F. U.

Massenentlassungen müssen verhindert werden!

Kaufkraftsteigerung und Absatzmarkt sichern fortlaufende Produktion

Mannheims Wirtschaftsstruktur verschonte die Stadt bisher vor einer Massenarbeitslosigkeit. Mit dem Leiter des Arbeitsamtes sind wir einer Auffassung, hierin eine erfreuliche Tatsache zu sehen. Wenn die darüber vorliegenden Zahlen jedoch zu der Schlussfolgerung benutzt werden, daß Mannheim von der allgemeinen westdeutschen Krisenentwicklung aufkommen ist, kann das gefährliche Folgen haben. Wir glauben auch nicht, daß es allein dem besonderen Geschick des Leiters des Mannheimer Arbeitsamtes zu verdanken ist, wenn die augenblickliche Wirtschaftslage Mannheims sich von den Verhältnissen in den Nachbarstädten vorteilhaft unterscheidet.

Ein solches Bild entwarf nämlich am Freitag der Leiter des Arbeitsamtes, Landtagsabgeordneter und Stadtrat Kuhn (CDU) auf einer Pressekonferenz. Wir halten es nicht für klug, wenn der Leiter einer Behörde die zweckbestimmten Wirtschaftsanalysen seiner Partei zum besten gibt. Wir haben leider nun schon zu oft gehört, daß Westdeutschland einer allgemeinen Wirtschaftsbüchse entgegengeht, und dies ausschließlich der Wirtschaftspolitik der „Freiwirtschaftler“ vom Schlage Dr. Ehrhards zu verdanken ist. Die schaffenden Menschen aller Schichten haben mit wenig Ausnahmen die gegenteiligen Erfahrungen gemacht, und eine Wirtschaftsgruppe nach der anderen wird in den Strudel der Krise hineingezogen. Zahlen für sich genommen lassen immer die Möglichkeit zu, ein gewünschtes Bild zu konstruieren. Die steigenden Beschäftigtenzahlen von vor und nach der Geldreform sind nur ein Ausdruck dafür, daß die vorher noch stärker als jetzt künstlich niedergehaltene Produktion zum ersten Male in der Nachkriegszeit einen neuen Anlauf gemacht hat. Nichts weiter. Wichtig ist zu wissen, wie sich die Dinge in ihrer Struktur entwickeln, und in diesem Zusammenhang ist die Mitteilung des Arbeitsamtsleiters, zwölf Mannheimer Betriebe hätten an einem einzigen Tage Anträge auf Massenentlassungen und Stilllegungen gestellt, doch das gerade Gegenteil von einer rosigen Perspektive. Nach seinen Angaben hat ein einziger Betrieb allein fünf-hundert Entlassungen beantragt. Direktor Kuhn will nun versuchen, zumindest zu erwirken, daß diese Entlassungen in erträglichen Abständen vorgenommen werden, damit das Arbeitsamt instande ist, die Entlassenen irgendwoanders unterzubringen. Wir können wohl mit Recht bezweifeln, hier sei eine Lösung gefunden. Wenn Massenentlassungen am laufenden Band erfolgen, dürfte es wohl kaum andere Industriezweige geben, die diesen Ansturm verdauen könnten.

Welch sonderbaren Vorstellungen Direktor Kuhn verhaftet ist, zeigt seine Äußerung, daß es immer Arbeitslose geben würde. Nach seiner Auffassung gehört das zu einer gesunden Wirtschaft. Immerhin ist die Zahl der Arbeitslosen im Westen Deutschlands inzwischen auf 1,5 Millionen angestiegen. Von dieser steigenden Tendenz der Arbeitslosenziffer

Marathon-Tanzpaar tanzte umsonst
Recht enttäuscht trat das Mannheimer Marathon-Tanzpaar einzeln den Weg zur Mannheimer Kriminalpolizei an, um gegen den Tanzunternehmer aus München, der damals die Schecks über je 250 DM an das Endsiegerpaar ausshändigte, Anzeige wegen Scheckbetrugs zu erstatten. Beide Schecks kamen nämlich von der Bank mangels Deckung als uneingelöst zurück, so daß sich das Tanzpaar um den Erfolg seiner 10-tägigen Anstrengungen betrogen sieht.

Club der Köche im Parkhotel
Am Dienstag, 10. Januar, 20.30 Uhr veranstaltet der Club der Köche Mannheim im Parkhotel sein 46-jähriges Stiftungsfest. Umrahmt wird die Feierlichkeit von künstlerischen Darbietungen, einer Tombola und Tanz. Eine besondere Einladung ergeht an Gäste, Freunde und Gönner des Clubs.

Abendakademie ändert Programm
Die Lehrgänge, Arbeitsgemeinschaften und Vortragsreihen der Mannheimer Abendakademie in Verbindung mit der Volkshochschule wurden vom 16. Januar auf den 9. Januar vorverlegt.

Versammlungen der KPD - Kreis Mannheim
Neckarstadt-West, Dienstag, 10. Januar 50, 20 Uhr Büro Mittelstraße 38, Funktionärsitzung. Ref.: Kampf.

ist auch Mannheim nicht verschont geblieben. Seit der Geldreform haben wir in unserer Stadt eine Zunahme der Arbeitslosen von rund hundert Prozent, nämlich von 3314 auf 6622 im Dezember 1949.

Es ist nicht charakteristisch für die gesamte Wirtschaftslage, wenn Kuhn den jetzt heimkehrenden Kriegsgefangenen keinen Arbeitsplatz in Aussicht stellen kann, sondern ihnen lediglich eröffnet, daß auch sie in den „Genuß“ der Arbeitslosenunterstützung kommen würden.

Nach diesen Angaben mutet es doch sonderbar an, sie als Ausdruck einer beruhigenden Entwicklung darzustellen. Man leistet der

Wirtschaft und den beschäftigten Arbeitern und Angestellten einen besseren Dienst, wenn man ihnen die volle Wahrheit sagt.

Die Wahrheit ist, daß eine schwere Absatz- und Produktionskrise heraufzieht, und nichts spricht dafür, daß Mannheim eine Insel der Wirtschaftsbüchse im westdeutschen Krisenmeer ist. Soll die gegenwärtige Beschäftigtenzahl in Mannheim gehalten werden, so kann dies nur durch Sicherung von Absatzmärkten für die Produktion geschehen, und die Mannheimer Gewerkschaften und Betriebsräte und die ehrlich um ihre Existenz kämpfenden Unternehmer tun gut daran, rechtzeitig diesen Erfordernissen ins Auge zu sehen.

Jugendrat unterstützt Jugendschutzwoche

Protestkundgebung gegen Jugendnot am 18. Januar

In der Wohlgelesenschule hielt der Jugendrat am Donnerstagabend seine programmatische Sitzung ab. Zum jahrelangen Problem der Erstellung von zwei dringend benötigten Jugendheimen auf dem Erlenhof und dem Lindenhof mit angeschlossenen Jugendherbergräumen ergab sich in der Frage der Notwendigkeit keine Diskussion. Die Mannheimer Jugend braucht dringend Heime. Einschneidend hat die Beschlagnahme der letzten Jugendherberge durch die Besatzungsmacht gewirkt. „Wir können den Verlust in der Medikusstraße nicht vollkommen überbrücken, aber wir müssen eine Notlösung finden.“ Besonders im Erlenhof soll eine Art Jugend-Volkshaus geschaffen werden. Der Kasernenausdruck der an diesem Platz zuvor bestehenden Gebäude soll nicht mehr aufgenommen. Der anwesende Sachverständige des Stadtbaumeisters bemerkte richtig: „Es hat keinen Zweck, ein Provisorium zu errichten. Auch wollen wir ohne alliierte Hilfe mit eigenen Mitteln etwas erstellen, das wir eines Tages nicht wieder zurückgeben brauchen. Wir wollen nicht betteln.“ Das Projekt auf dem Lindenhof, das bereits genehmigt und in Angriff genommen ist, soll in einigen Monaten fertiggestellt sein. Bei dem zweiten Projekt rechnet man mit einer Fertigstellung bei viel Optimismus im Laufe dieses Jahres. Der Jugendrat hat beschlossen, durch einen Antrag die Dringlichkeit der Fertigstellung beim Stadtrat noch einmal zu unterstreichen.

Unter Punkt 2 fiel die Frage eines Jugendforums. Zusätzlich wurde von der FDJ ein Initiativ-Antrag zur Teilnahme und Unterstützung der Jugendschutzwoche vorgelegt. Bei Erörterung dieser Frage wurde Politik im kleinen gemacht. Der Vorsitzende billigte den Vorschlag und hängte ihm gleich eine weitere Kampagne durch Einrichtung öffentlicher Forums an. Als von verschiedenen Seiten Bedenken gegen den Initiativ-Antrag aufkamen, antwortete der Sprecher der FDJ, H. Nau, sehr eindeutig darauf: „Es handelt sich hier um soziale Fragen der Jugend, an denen niemand vorbei gehen kann, wenn ihm die Zukunft der jungen Generation am Herzen liegt.“ Jemand meinte kurzschichtig, das sei eigentlich Sache der Presse. Darauf entgegnete ihm der Vordredner: „Nein, wir müssen einen Druck ausüben. Die Jugend muß sich wehren, ja, sie ist geradezu gezwungen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, wenn sie nicht an einer ihrer Aufgaben vorbeigehen will.“ Doch abgesehen davon, hätte der Jugendrat in seiner letzten Sitzung die Unterstützung zur Jugendwoche beschlossen.

Nachdem der Antrag angenommen wurde, galt als Termin der Protestkundgebung der 18. Januar 1950, 19 Uhr, in der Wohlgelesenschule.

Ein Aufruf zu dieser Versammlung wird von sämtlichen Jugendorganisationen Mannheims unterschrieben werden.

Winterbeihilfe an Hilfsbedürftige

Bekanntmachung des Städtischen Wohlfahrtsamtes Mannheim

Auf Grund des Erlasses des Präsidenten des Landesbezirks Baden in Karlsruhe vom 17. 12. 1949 wird an Hilfsbedürftige und Minderbemittelte bis zu einem genau festgesetzten Einkommen ohne Beschränkung auf einzelne Personengruppen eine einmalige Beihilfe gewährt und zwar:

für Alleinstehende	20.— DM
für 2 Personen	25.— DM
für 3 Personen	30.— DM
für 4 Personen	35.— DM
für 5 Personen	40.— DM
für 6 Personen	45.— DM
für 7 und mehr Personen	50.— DM

Anträge sind persönlich oder durch Bevollmächtigte zu stellen in der Zeit vom 9. bis 20. Januar 1950, jeweils von 8—12 Uhr beim Städt. Wohlfahrtsamt, Mannheim.

Es sprechen vor Antragsteller mit der Wohnung:

- Innenstadt einschließlich Neckarspize, Neckarstadt, Käferlat, Straßenheimerhof, Wallstadt, Feudenheim, bei der Nebenstelle Mittelstraße 42,
 - Stadtteil Schweizingerstadt, Oststadt mit der Grenze Kaiserring und Friedrichring, Neustadt, Lindenhof, in der Luisenschule, Tattersallstraße 28—30, Zimmer 230/231.
 - Almenhof, Neckarau, Neuhermsheim, Rheinau, in der Außenstelle im Rathaus Neckarau, Rheingoldstraße,
 - Seckenheim, Friedrichsfeld, in der Außenstelle im Rathaus Seckenheim, Hauptstraße,
 - Luzenberg, Waldhof, Schönausiedlung, Blumenau, Sandhofen, Kirschgartshäuserhof, bei der Außenstelle in der Lutzenbergschule.
- Es wird im Interesse der Antragsteller gebeten, die angegebenen Zeiten einzuhalten.
Soweit noch keine Winterbeihilfen (Brennstoff-, Kartoffel- und sonstigen Beihilfen der Stadt Mannheim) in Anspruch genommen wor-

den sind, können die obengenannte Beihilfe erhalten:

- Alle in öffentlicher Fürsorge stehenden Personen, auch die im Auftrag der Hauptfürsorgebehörde unterstützten Hirnverletzten und Blinden, soweit sie nicht in Anstalten und Heimen untergebracht sind und dort Gemeinschaftsverpflegung erhalten.
- Minderbemittelte, denen die Winterbeihilfe gewährt wird, gelten bei einem Bruttoeinkommen:
 - Alleinstehende wöchentlich 25.— DM oder 110.— DM monatlich;
 - 2 zu versorgende Personen wöchentlich 32.— DM oder 140.— DM monatlich;
 - 3 zu versorgende Personen wöchentlich 39.— DM oder 170.— DM monatlich;
 - 4 zu versorgende Personen wöchentlich 46.— DM oder 200.— DM monatlich;
 - 5 zu versorgende Personen wöchentlich 53.— DM oder 230.— DM monatlich;
 - 6 zu versorgende Personen wöchentlich 60.— DM oder 260.— DM monatlich;
 - 7 und mehr zu versorgende Personen wöchentlich 67.— DM oder 290.— DM monatlich.

Bei der Feststellung dieses Bruttoeinkommens sind alle Bezüge der in einer Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft vorhandenen Personen anzurechnen.

- Zur Antragstellung sind mitzubringen:
- der Haushaltsausweis des Ernährungsamtes,
 - die Kennkarte,
 - das Familienbuch,
 - Nachweise über die Bruttoeinkünfte aller zur Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft zählenden Personen, (Verdienstbescheinigungen, Lohnabrechnungen, Einkommensteuerbescheide, Rentenbescheide).

Inventar des Zirkus Holzmüller wurde versteigert

Karlsruhe (Iwb). Bei der in diesen Tagen vorgenommenen Versteigerung der restlichen Bestände des Zirkus Holzmüller in Karlsruhe kam die Stadt nur schlecht auf ihre Kosten. Dem Gesamtguthaben der Stadt bei Holzmüller von rund 4700 DM standen eine baufällige Stallbaracke und eine verschrottete Lokomotive gegenüber. Der Zirkus hatte sein Gastspiel in Karlsruhe mit rund 4000 DM Miet-schulden an die Stadt und 18000 DM rückständigen Beträgen an die Allgemeine Ortskrankenkasse abgeschlossen.

Vor einem Jahr hatte der Zirkus Holzmüller von der Stadt Karlsruhe ein Gelände auf acht Jahre gepachtet, um dort einen festen Zirkus zu erbauen.

Interzonenhändelschäfte

Karlsruhe (Iwb). Nach Mitteilung der Landesbezirksdirektion für Wirtschaft und Verkehr, in Karlsruhe müssen alle laufenden, jedoch bis zum 31. Dezember 1949 abgewickelten Interzonenhändelschäfte bis spätestens 9. Januar 1950, von den im Landesbezirk Baden ansässigen Firmen und Einzelpersonen bei Referat Interzonenhandel der Direktion angemeldet werden. Der Mitteilung zufolge dürfen ab 1. Januar 1950 Warensendungen in beiden Richtungen die Grenzen nur dann passieren, wenn auf dem Warenbegleitschein ein ent-

sprechender Vermerk bezüglich der Zahlungsgenehmigung angebracht ist. Auskünfte hierzu erteilen die Landesbezirksdirektion für Wirtschaft und Verkehr — Referat Interzonenhandel — und die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe.

Jahresbericht der Karlsruher Polizei

Karlsruhe (Iwb). Im vergangenen Jahr wurden von der Karlsruher Kriminalpolizei insgesamt 11146 Anzeigen aller Art und vom ehemaligen Sonderkommissariat 2796 Anzeigen wegen Wirtschaftsvergehen und Schwarzschlachten bearbeitet. Im gleichen Zeitraum hat die Schutzpolizei der Kriminalpolizei 2605 Anzeigen zur weiteren Nachforschung übergeben. Ferner wurden von der Kriminalpolizei 25709 Aufträge für verschiedene Behörden und amerikanische Dienststellen erledigt.

Unter den eingegangenen Anzeigen standen die Diebstähle mit 4534 Fällen an erster Stelle. Ueber Falschgeldverbreitung waren 1315, über Unterschlagungen 1124 und über Betrug 1187 Anzeigen eingegangen. Die Zahl der gemeldeten Diebstähle ist gegenüber dem Vorjahr um 1431 und die der Einbruchdiebstähle um 1666 zurückgegangen. Dagegen wurden erheblich mehr Fälle von Unterschlagung und Falschgeldverbreitung angezeigt. Außerdem wurden 327 Wohnungsdurchsuchungen vorgenommen, von denen 137 erfolglos verliefen.

Eine unsaubere Geschichte

Zwei Angestellte des Wohnungsamtes wegen Bestechung verhaftet

Karlsruhe. Schon seit einiger Zeit wurden Gerüchte laut, aus denen hervorging, daß beim Wohnungsamt Angestellte versucht hatten, sich durch Bestechungen zu bereichern. So sollte denn vor kurzem eine Gerichtsverhandlung stattfinden, die jedoch deshalb vertagt wurde, weil der eine der Angeklagten es versäumt hatte, zu erscheinen.

Inzwischen befaßte sich die Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei eingehender mit der Angelegenheit. Man brachte heraus, daß ein Angestellter des Wohnungsamtes gegen einen beachtlichen DM-Betrag eine Wohnung in Aussicht gestellt hatte. Später reduzierte zwar der Angestellte seine Geldforderung gegenüber dem Wohnungsuchenden, doch blieb nach wie vor die geforderte Summe für diesen letzteren unerschwinglich.

Dieser Bestechungsversuch drang bald an die Öffentlichkeit und als man den Angestellten deswegen zur Rede stellte, versuchte er sich auf einen angeblichen Baukostenzuschuß herauszureden. Laut Aussage des Hausbesitzers konnte jedoch von einem derartigen Zuschuß keine Rede sein, da der Ausbau des Gebäudes auch ohne Zuschuß gesichert sei. Auch

habe er mit dem Angestellten des Wohnungsamtes deswegen keine Gespräche geführt. Zwei Angestellte, Knurr und Gurschdat, befinden sich gegenwärtig in Haft. Gurschdat gestand, Bestechungen durch Entgegennahme kleinerer Beträge durchgeführt zu haben. Die Untersuchung läuft weiter.

Flüchtlingsfrau wählte den hassen Tod

Herbolzheim b. Mosbach. Vor kurzem ertränkte sich eine hier ansässige 53jährige Flüchtlingsfrau etwa drei Kilometer unterhalb des Ortes in der Jagst. Das Motiv der Tat mag in wirtschaftlicher Not zu suchen sein.

Die Pulsadern aufgeschnitten

Nürtingen. Ein 29jähriger Mann versuchte sich in Linsenhofen auf offener Straße die Pulsadern aufzuschnitten. Passanten konnten jedoch eingreifen und die Überführung des Unglücklichen in ein Krankenhaus veranlassen. Vor einem halben Jahre hatte sich der Betroffene schon einmal vor einen Kraftwagen geworfen und dabei leichtere Verletzungen erlitten.

Kurznotizen aus Pforzheim

Pforzheim. Ein großer Teil der öffentlichen Parkanlagen und Grünflächen in Pforzheim wurde durch den Krieg zerstört. So u. a. auch die Stadtgärtnerei, die mittlerweile wieder aufgebaut werden konnte. Die Wiederinstandsetzung der öffentlichen Anlagen innerhalb der Stadt ist in den letzten Jahren in fortschreitendem Maße verwirklicht worden. Der Stadtgarten, die Schloßberganlagen, der aus einem Trümmerfeld entstandene Beckiser Park, die Krankenhausanlagen, die Kallhardtanlagen sowie der Oststadtpark, die alle wieder instandgesetzt wurden oder gegenwärtig neu entstehen, geben zu der Hoffnung Anlaß, daß die ehemals so gepflegten Pforzheimer Parks in Kürze wieder in alter Pracht erstehen werden.

Als die Frau eines Heimkehrers aus Konweiler mit dem Kaffeekocher beschäftigt war, explodierte mit lautem Knall der Kochherd und flog in Stücke. Die Frau erlitt erhebliche Verletzungen. Es wird vermutet, daß mit dem Anzeiger ein im Walde herumliegendes Geschloß mit in den Herd kam, das durch das Feuer zur Entladung gebracht wurde.

Die Verkehrsunfälle in Pforzheim nehmen leider nicht ab, sondern zu. So ereigneten sich im Monat Dezember im hiesigen Ortsbezirk

46 Verkehrsunfälle, wobei 32 Personen verletzt wurden, davon fünf schwer.

Im Dezember bearbeitete die Pforzheimer Kriminalpolizei insgesamt 140 Delikte. Neben Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung und Münzverbrechen stehen die Langfinger an der Spitze.

Zwei Fälle der Selbsttötung, wovon der eine glücklicherweise verhindert werden konnte, ereigneten sich in den vergangenen Tagen. In dem einen Fall wurde ein 68jähriger Mann auf der Friedhofstreppe in Pforzheim tot aufgefunden. Neben dem Toten lag eine Flasche mit dem Rest eines unbekanntes Giftes. Des weiteren versuchte eine 31jährige Frau im Stadtteil Brötzingen sich durch das Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Sie konnte jedoch durch den Ehemann von ihrem Vorhaben abgehalten werden.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Funktionär-Vollversammlung. Am Montag, den 9. 1. 1950, um 19 Uhr, im „Württemberger Hof“. Referent: H. Kellar. Thema: „Neubürger und die KPD“.

Von Bühne und Film

Capitol Mannheim
Große Freiheit Nr. 7
Seemannslebe, Hafenbetrieb an Land war schon immer beliebtes Motiv für das sentimentale Lied und blieb es auch für den modernen Schlager. „La Paloma“ flattert schon lange durch die Jahrzehnte und „Einmal im Hafen zu schlafen“ oder „Auf die Dauer, lieber Schatz“, sind die modernen Varianten der zur „christlichen Seefahrt“ nun einmal gehörenden Liebe im Hafen. An der „Großen Freiheit Nr. 7“ ist Hannes vor Anker gegangen. Er fühlt sich mehr als ein gestrandetes Wrack. So schön er es auch als singender Seemann und erster Star und Favorit bei seiner Chefin hat, die Liebe zur See hat er noch nicht überwunden. Und nun überfällt ihn noch eine andere Liebe. Aber dafür ist es für ihn zu spät geworden und der junge, lustige und rasch zapuckende Bursch von Blohm u. Voß nimmt dem alternden Seemann den Wind aus den Segeln. Die erste Liebe ist Hannes aber treu geblieben und während Gisa in den Armen Willens die letzten Regungen von Dankbarkeit und Neigung für Hannes erstickt, hat Hannes auf der „Padua“, einem der letzten majestätischen „Windjammer“ angemustert und die See hat ihn wieder.

Der Film bringt reichlich mit Humor gewürzte bunte Szenen aus dem weltberühmten Amüsierbetrieb von St. Pauli und von der „Liebe der Matrosen“. Nebenher geht der teilweise recht effektiv dramatisierte Liebesroman zu Dritt zwischen Hannes, Gisa und Willem. Die Hauptrollen sind in besten Händen. Hans Albers natürlich in seinem Element. Er zieht alle Register, nicht nur auf seinem Schifferklavier. Der Mann, der gefällt, vielleicht etwas zu viel gefällt. Neben ihm wirkt Hans Söhnker als jugendlicher Liebhaber und Draufgänger weniger überzeugend. Der Zahn der Zeit... Eine famose Leistung, die Gisa der Lise Wern er,

ein Mädel von erfrischerender Natürlichkeit und eigenartiger Charme. Gustav Knuth (Fiete) und Günther Lüders (Jens) tragen erheblich zur Belustigung bei. Man unterhält sich ausgezeichnet in der Großen Freiheit Nr. 7.

Palast Mannheim

„Hamlet“
Der Film befindet sich in einem ähnlichen Dilemma wie die Bühne. Es fehlen die „dichterischen Kräfte“, von denen Goethe seinen Theaterdirektor sprechen läßt und die die „dichterischen Geschäfte“ treiben sollen. Immerhin hat der Film noch eine Ausweichmöglichkeit, indem er aus dem Fundus der Bühne hervorholt, was dort in Jahrhunderten gesammelt wurde und heute zum größten Teil in Archiven verstaubt — wie z. B. die Klassiker. Der Film glaubt hier noch Neuland für sich zu finden, das sich lukrativ beackern läßt. Wir können uns glücklich preisen, daß uns das Goethe-Jahr wenigstens einen „Faust“-Film erspart hat. Vielleicht wäre ein Gegenstück zum „Peer Gynt“ aus dem Dritten Reich geworden — mit „Hoppla, jetzt kommt ich“ Albers. In England ist es Arthur Rank, der in Shakespeares Werken eine Fundgrube entdeckt hat und damit besonders in Amerika begeisterte Zustimmung fand. Er hat sich nun auch an den „Hamlet“ gewagt, ohne sich durch die Tatsache warnen zu lassen, daß es seit Jahrzehnten schon in der Zeit des stummen Films viele unbefriedigte Versuche an diesem undankbaren Objekt gegeben hat. Die ungeheuren technischen Möglichkeiten des Films verleiten zu Absteuern der Drehbuchverfasser bzw. Regisseure, die das dichterische Werk nicht nur überranken, sondern auch dem Film ermüdende Wertschwelligkeiten verleihen, die das entsprechende Bühnenwerk nicht hat.

Von allen Werken Shakespeares ist „Hamlet“ dasjenige, das „von des Gedankens Blässe

am stärksten angekränkt“ ist und bei dem daher das gesprochene Wort — Monolog und Dialog — der wichtigste Träger der Bühnenwirkung ist. Bei keinem anderen Werk ist daher auch das Fluidum der Bühne, der von der lebendigen agierenden Persönlichkeit ausstrahlenden Wirkung auf den Zuschauer und Zuhörer so bedeutungsvoll, so unentbehrlich für die angestrebte dramatische Wirkung. Hier sind die Grenzen des Films und alle technischen Kniffe können sie nicht überwinden. Im Gegenteil, man ist befremdet, wenn man sieht, wie Hamlets Lippen fest geschlossen bleiben, während man hört, wie eine andre Stimme für ihn spricht. Und das gerade bei Hamlet, während z. B. der König Claudius mit klarer eigener Stimme sein Wesen eindringlich, verständlicher offenbart.

Laurence Olivier als Regisseur hat mit oft bewundernswerter Erfindungsgabe dem Verlauf der Handlung wirkungsvolle Effekte verliehen und eine in ihrer zyklischen Wucht großartige Szenerie gestaltet, in der man die Gespenstersehre als glaubwürdig zu empfinden vermag. Die Teile sind oft technisch vollendet gelungen aber es fehlt doch eben das geistige Band in der sich über nahezu drei Stunden hinziehenden Handlung. Wir sehen in dem Film die Ballade „Hamlet“, wir erleben aber nicht die Tragödie „Hamlet“, die „den Menschen erhebt, wenn sie den Menschen zermalmt“. Es wird wohl viel gesprochen in dem Film, sogar Shakespeares eigene Verse, aber es fehlt gerade das, was der sterbende Hamlet ausspricht: Der Rest ist Schweigen! Der Schauspieler Olivier zeigt als Hamlet viel Ähnlichkeit mit Gründgens Darstellungweise. Soweit seine Interpretation dieser wohl problematischsten von Shakespeares Gestalten nicht durch die bereits ange-deuteten Schranken behindert war, konnte sie überzeugen. Auch sonst wurden eindrucksvolle schauspielerische Leistungen geboten. Nur Ophelia erzielte ungewollte Heiterkeitsausbrüche, die in diesem Falle aber weniger zu Lasten der Zuschauer gehen. Ein großarti-

ges Werk ist dieser Film auf jeden Fall, aber es ist nicht der „Hamlet“, der uns von der Bühne her unvergänglich ist, denn — er kann es ja nicht sein.

Staatstheater Karlsruhe

Zur Aufführung von Webers „Freischütz“
Es bräuset das Horn, es rauschet der Wald... Die braven Jägerleute schlagen sich stolz auf die Brust und trinken immer noch eins. Es geht ja nichts über die Gemütlichkeit! Da muß so ein Jägerschub seine Agathe durch einen Preisbesuch gewinnen. — Ausgerechnet! — Woil ihm alles schieß geht, schießt er ein Bündnis mit dem Teufel. Zur Gespensterstunde werden Freikugeln in der Wolfschlucht geossen, denn dem Zuschauer soll das Gruseln in die Knochen fahren. „Machen Sie die Augen der Eule tüchtig glühen“, schreibt Weber dem Bühnenbildner der Uraufführung, „ordentliche Fledermause sollen umherflattern; lassen Sie sich auf ein paar Gespenster und Gerippe nicht ankommen!“ — Des betörten Jägers Braut, so hold und fromm, die Ruhe findet sie nimmermehr, denn auf ihr Herz zielt der Böse...
Sogar dem Theaterzettel sieht man's an: in schwingvoll gotischen Lettern steht da geschrieben „Der Freischütz“.

Ein Kindermärchen? Weit gefehlt! Ein deutsches Märchen? — Ja! — Wir Deutsche haben prächtige Märchen. Sie wurden von Erwachsenen meist für Erwachsene geschrieben. Wir lieben nun einmal das Schauerliche, das Heroisch-Pathetische und... eine gewisse Gewaltatmosphäre. Um unsere Heldensagen steht es nicht besser. Dies alles gehört zur deutschen Romantik, die sich in den Strom Wagnerscher Jenseitsverlorenheit ergießen mußte. Es ist Gemackssache, ob man sich überwunden fühlen will vom „Walten dämonischer Kräfte“. Wir empfinden dies als ungesund, da man unser Volk zwölf Jahre lang mit dem faulen Zauber des tausendjährigen Reiches umgab, ein Mythos, der sich nicht zuletzt der Mittel der Romantik bediente.

Nein, Herr Intendant, das Freischütz-Libretto riecht etwas muffig. Die Regie scheint dies erkannt zu haben, denn die ganze Aufführung war auf Müffigkeit ausgerichtet.
Es ist schade um Webers herrliche Musik mit ihrem liedmäßig-volkstümlichen Toos. Sie wirkt weit eindringlicher und stilvoller im Konzertsaal.
-H-

Spielplan des Badischen Staatstheaters

- Montag, 9. 1. 50, 19.30 Uhr: Sondervorstellung bei kleinen Preisen 0,60 bis 3,10 DM, zum letzten Male: „Trauer muß Elektra tragen“. Eine Trilogie von Eugene O'Neill.
Dienstag, 10. 1. 50, 19.30 Uhr: Vorstellung für die Karlsruher Kunstgemeinde, Gruppe A, und freier Kassenverkauf: „Cavalleria rusticana“, Oper von Mascagni, „Der Bajazzo“, Oper von Leoncavallo.
Mittwoch, 11. 1. 50, 19.30 Uhr: 9. Vorstellung der Platzmiete B und freier Kassenverkauf: „Drei Mann auf einem Pferd“. Lustspiel mit Musik von Holm und Abbott.
Donnerstag, 12. 1. 50, 19.30 Uhr: 9. Vorstellung der Platzmiete D und freier Kassenverkauf, in Neuinszenierung: „Die toten Augen“. Oper von Eugen d'Albert.
Freitag, 13. 1. 50, 19.30 Uhr: Vorstellung für die Karlsruher Kunstgemeinde, Gruppe B und freier Kassenverkauf: „Cavalleria rusticana“, Oper von Mascagni, „Der Bajazzo“, Oper von Leoncavallo.
Samstag, 14. 1. 50, 19.30 Uhr: „Die Fledermaus“, Operette von Johann Strauß.
Sonntag, 15. 1. 50, 11.15 Uhr: 4. Symphoniekonzert der Badischen Staatskapelle (Voraufführung). Dirigent: Josef Krips. Solist: Eduard Erdmann (Klavier). — 19.30 Uhr: „Die Fledermaus“, Operette von Joh. Strauß.

